



Aktenzeichen: 51-4/Bor 54-PS/Mü Datum: 18.09.2020

Hinweis:

Beratungsfolge: Haupt- und Finanzausschuss Krankenhausausschuss Ausschuss für Familie und Soziales Stadtrat

Fortführung der Sucht- und Drogenberatungsstelle in Frankenthal durch die Stadtklinik Frankenthal

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

1. Der Übernahme der Sucht- und Drogenberatung in Frankenthal (Pfalz) für den Bereich der Stadt Frankenthal in den bisherigen Räumlichkeiten in der Bahnhofstraße 38 durch die Stadtklinik Frankenthal (Pfalz) ab dem 01.01.2021 wird zugestimmt.
2. Das Angebot gilt auch für den Versorgungsbereich des nördlichen Rhein-Pfalz.
3. Die Sucht- und Drogenberatung erfolgt nach dem in der Anlage beigefügten Konzept der Fachstelle Sucht der Stadtklinik.
4. Die Stadt erstattet der Stadtklinik den jährlich anfallenden, nicht anderweitig gedeckten Zuschussbetrag.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die für das Konzept notwendigen Stellen haushaltsrechtlich zu schaffen und unverzüglich zu besetzen.
6. Die Verwaltung wird ermächtigt die erforderlichen Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen mit der Stadtklinik und dem Rhein-Pfalz-Kreis auszuhandeln und abzuschließen.

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	<input type="checkbox"/>	Einstimmig:	<input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	<input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>	Mit	<input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	<input type="checkbox"/>
					Stimmenmehrheit:	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen:	<input type="checkbox"/>
Laut Beschlussvorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen		Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:		Unterschrift:		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> siehe Rückseite:		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>		

Begründung:

Die Suchtberatung ist gem. § 16a i.V.m. § 1 SGB II ein Teil der kommunalen Eingliederungsleistungen und daher eine durch die Kommune bzw. durch einen von der Kommune beauftragten Träger zu erbringende Beratungsleistung.

Die Sucht- und Drogenberatungsstelle in Frankenthal ist aus der ursprünglichen Suchtberatungsstelle (hauptsächlich Alkoholproblematik) hervorgegangen und wurde in den 1990er-Jahren um eine Drogenberatung erweitert. Mittlerweile hat sich das Beratungsgebiet auch auf Spielsucht etc. ausgeweitet. Zusätzlich wurde noch ein Sonderprojekt Prävention eingeführt sowie eine externe Drogenberatung in der JVA Frankenthal und der JSA Schifferstadt installiert.

Darüber hinaus wurde die Regelberatung für Sucht und Drogen auf ausdrücklichen Wunsch der Stadt Frankenthal und des Rhein-Pfalz-Kreises ebenfalls in den 1990er-Jahren um eine weitere Vollzeitstelle aufgestockt.

Die Beratungsstelle in Frankenthal wurde seit Beginn durch das Diakonische Werk Pfalz geführt, die jährlichen Zuschussmittel aus öffentlicher Hand betragen jeweils rd. 156.000 € (bei durchschnittlichen Gesamtkosten von 260.000 bis 270.000 €). Zum 01.01.2015 hat das Diakonische Werk aus finanziellen Gründen die Beratungsstelle an die Evangelische Heimstiftung Pfalz übertragen, die zu identischen Konditionen die Beratungsstelle weitergeführt hat. Zu Beginn des Jahres 2020 hat die Evangelische Heimstiftung mitgeteilt, dass sie die Beratungsstelle zum 31.12.2020 ebenfalls aus finanziellen Gründen aufgeben wird, Verhandlungen mit den Vertretern der Heimstiftung blieben erfolglos, eine Fortführung der Beratung in Frankenthal wurde obligatorisch ausgeschlossen. Die ehemals eingeführte Beratung für die JVA und die JSA sollen auch über den 01.01.2021 hinaus bei der Evang. Heimstiftung verbleiben und einer anderen Beratungsstelle angeschlossen werden.

Die Verwaltung hat daraufhin im Januar und Februar 2020 bereits die Möglichkeiten der Fortführung der Beratungsstelle geprüft, allerdings wurden die Vorarbeiten mit Ausbruch der Coronapandemie stark behindert.

Trotzdem war es möglich mit mehreren Anbietern Sondierungsgespräche zu führen.

Nach intensiven Prüfungen, Überlegungen und Abwägungen wird von der Verwaltung das Konzept sowie die Finanzierung durch die Stadtklinik Frankenthal befürwortet, da die zu erwartenden Synergieeffekte mit diesem am ehesten umgesetzt und erreicht werden können. Durch eine Beratung in den bisherigen Räumlichkeiten können die möglichen, zu einer Suchterkrankung führenden Faktoren erkannt und ggfs. eine weiterführende Behandlung ortsnah in den entsprechenden Fachabteilungen der Stadtklinik durchgeführt werden. Auch ist durch die Vernetzung der Stadtklinik mit weiteren Fachkliniken eine Behandlung gewährleistet. Darüber hinaus können auch gehbehinderte Hilfesuchende eine Beratung erfahren, da zwar die Räumlichkeiten in der Bahnhofstraße nicht barrierefrei sind, die Beratung nach Terminabsprachen oder zu bestimmten Terminen auch in der Stadtklinik erfolgen können.

Mit der Übernahme der Sucht- und Drogenberatungsstelle durch die Stadtklinik Frankenthal wird ein konzeptionell fortschrittliches Angebot in der Versorgung von Suchterkrankungen betroffener und bedrohter Personen und in der Suchtprävention geschaffen, in dem z.B.

- eine kontinuierliche Behandlungskette mit optimiertem Schnittstellen- und Übergangsmanagement angeboten wird,

- die umfassenden psychiatrisch-psychotherapeutischen und sozialmedizinischen und übergreifenden medizinischen Kompetenzen einer Klinik zur Verfügung stehen und somit Menschen auch mit Schwer- und Mehrfacherkrankungen rasch einer adäquaten, leitliniengerechten Hilfe zugeführt werden können
- der wirtschaftliche Synergieeffekt der Klinikorganisation, insbesondere der Psychiatrischen Institutsambulanz genutzt werden kann und
- die Versorgungslücken in der Prävention geschlossen werden können.

Die Ausstattung der Sucht- und Drogenberatungsstelle soll zumindest am Anfang identisch sein, wie diese bisher erfolgte, mit 2 Vollzeitstellen in der Regelberatung und 0,5 Vollzeitstellen in der Präventionsarbeit. Möglicherweise kann hier bei Bedarf eine Aufstockung erfolgen. Außerdem stünde bei großem Andrang noch weiteres Fachpersonal in den Abteilungen der Stadtklinik zur Verfügung, das übergangsweise eingesetzt werden kann.

Die Kosten zum Betrieb der Beratungsstelle sind nach den bisher vorliegenden Finanzierungsübersichten beim Betrieb durch die Stadtklinik rd. 75.000 €/Jahr geringer, als bei einem Betrieb durch einen freien Träger, da erheblich geringere Overheadkosten zu verzeichnen wären. Nach der Finanzierungsübersicht der Stadtklinik würden sich die jährlichen Gesamtkosten der Beratungsstelle auf rd. 200.000 € belaufen. Hinsichtlich der Beteiligung des Landes steht die Verwaltung derzeit in Verhandlungen mit dem Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung, wobei bereits signalisiert wurde, dass eine Bezuschussung durch das Land in der bisherigen Höhe möglich sein wird (rd. 39.300 €). Von der Zuschussseite wird es gegenüber der bisherigen Regelung mit Einsatz von Eigenmitteln des Trägers eine Steigerung des kommunalen Zuschussbedarfes (Stadt und Rhein-Pfalz-Kreis) von rd. 70.000 € geben (bei Entscheidung für einen freien Träger würde die Zuschusserhöhung rd. 120.000 € betragen). Die kommunalen Zuschüsse würden sich insgesamt auf rd. 156.000 € belaufen). Die Verwaltung steht derzeit in Verhandlungen mit dem Rhein-Pfalz-Kreis über die Erhöhung der Kreisbeteiligung, die Kreisverwaltung hat hierzu bereits signalisiert, dass eine Beteiligung über den bisherigen Zuschuss in Höhe von rd. 10.000 € denkbar ist, wobei die Zuschussaufteilung anhand der tatsächlichen Fallzahlen eines Jahres angestrebt wird (in der Vergangenheit 80% Stadt, 20% RPK). Der Zuschuss der Stadt Frankenthal würde sich danach um 50.000 € auf 125.000 € erhöhen.

Nach Abwägung der Konzeptionierung sowie der Finanzierung der Beratungsstelle ist die Verwaltung der Ansicht, dass ein Betrieb durch die Stadtklinik Frankenthal die gangbarste Lösung darstellt und empfiehlt einen entsprechenden Beschluss, allerdings muss man sich bewusst sein, dass es in der Anfangsphase nach einem Betreiberwechsel durchaus noch zu einigen Unzulänglichkeiten kommen kann.

Eine Ausschreibung der Leistung hätte höchstwahrscheinlich nicht zu einem günstigeren Angebot geführt, zumal dann die Stadtklinik an einer solchen Ausschreibung nicht hätte teilnehmen können.

STADTVERWALTUNG FRANKENTHAL (PFALZ)

Hebich
Oberbürgermeister

Anlage: Konzept der Stadtklinik